



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohlen, Andreas Lotte SPD**

Parkhäuser zukunftsfähig gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt zu berichten, ob die derzeit in Gebrauch befindlichen Parkhäuser vor dem Hintergrund stets größer und vor allem breiter werdenden Autos und der Elektromobilität noch tauglich sind. Weiters ist die gegenteilige Möglichkeit zu durchleuchten, für ebenso im Trend liegende Mini- und Mikroautos kleinere und somit für Nutzer billigere Parzellierungen anzubieten.

Zudem ist zu prüfen, ob die Bayerische Garagenverordnung novelliert werden muss. Weiterhin ist an typischen Beispielen zu klären, welche Umbau- und Sanierungskosten schätzungsweise auf die Eigentümer und Betreiber von Parkhäusern in öffentlicher und privater Hand zu kommen und wie hoch dadurch die Zahl wegfallender Stellplätze sein könnte.

Begründung:

Nach Einschätzung des ACE (Auto Club Europa) hat sich die Situation in Parkhäusern in den letzten Jahren verschärft.

Grundproblem ist die ständig wachsende Dimension von Kraftfahrzeugen in Länge, Breite und Höhe und die knappen Maße von Bestandsparkgaragen vor allem in den Innenstädten. Allein in den Jahren 2001 bis 2010 ist der Flächenbedarf um 13 Prozent gestiegen. Kontrapunktisch ist der Entwicklung zu City-Mobilen, Mikroautos, Car-sharing etc. Rechnung zu tragen.

Da Parkhausrempeleien einen großen volkswirtschaftlichen Schaden hervorrufen, zudem haftungsrechtliche Fragen aufwerfen und der Trend zu größeren Autos ungebrochen ist, muss der Gesetzgeber reagieren.

Der zweite wesentliche Trend ist die politische Absicht, der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen. Die bisher nur im Mikrobereich installierten Ladesäulen müssen im gesamten öffentlichen Raum Verbreitung finden – und auch in Parkhäusern.

Garagenverordnungen aus dem letzten Jahrhundert indessen gehen von ganz anderen Verhältnissen aus.

Infolgedessen ist die Staatsregierung gefordert, den Veränderungsbedarf, die erwarteten Kosten und künftige Bauvorschriften zu analysieren und dem Landtag Kriterien zur Rechtsfortentwicklung an die Hand zu geben.